Der Europäische Rat

HEINZ STADLMANN

Eine Bilanz

Nach Jahren der Stagnation bei den Treffen des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs hat 1984 eine Wende gebracht. Es gelang endlich, den seit 1979 schwelenden Streit über die britischen Beitragszahlungen zur Gemeinschaft zu regeln. Damit wurde der Weg frei, sich Gedanken über die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu machen. Nach monatelanger Vorbereitung, in der vor allem Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand immer wieder über die Notwendigkeit zur Schaffung einer Europäischen Union gesprochen hatten, wurde vom Europäischen Rat die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen, der Vorschläge für die Neugestaltung der Zusammenarbeit machen soll. Dieser Auftrag wurde zügig in Angriff genommen und führte bereits Ende des Jahres zur Vorlage eines Zwischenberichts, in dem wesentliche Elemente für die Schaffung einer Europäischen Union enthalten waren. 1984 wurde auch der Beschluß gefaßt, sich bei einem Gipfeltreffen Ende Juni 1985 in Mailand in der Hauptsache mit der Zukunft der Europäischen Gemeinschaft zu beschäftigen. Davon wurde eine Entscheidung für eine spezielle Regierungskonferenz erwartet, die einen neuen Vertragstext für die Gründung der Europäischen Union verfassen soll.

1984 ist trotz verbliebener Schwierigkeiten auf vielen Gebieten der Zusammenarbeit etwas in Bewegung gekommen. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten ist sich darin einig, daß Europa einen neuen Impuls braucht und versucht, die Gemeinschaft auf festere Grundlagen zu stellen. Wie nicht anders zu erwarten war, gab es Widerstände gegen derartige Bestrebungen. Großbritannien, Dänemark, Irland und Griechenland zeigen sich in unterschiedlichen Graden reserviert gegenüber den Bemühungen, die Zusammenarbeit besonders in den Bereichen Sicherheitspolitik und Außenpolitik zu verstärken. Sie wehren sich auch dagegen, den Entscheidungsprozeß in der EG durch eine verstärkte Anwendung von Mehrheitsabstimmungen zu verbessern. Mit der gleichen Abneigung verfolgen sie die Versuche, die Rechte des Europäischen Parlaments auszubauen. Auf einen kurzen Nenner gebracht läßt sich feststellen, diesen vier Ländern paßt die ganze Richtung nicht. Immerhin haben sich aber alle zehn Mitgliedstaaten bereit gefunden, die Diskussion im Ausschuß, der inzwischen nach dem irischen Vorsitzenden Dooge-Komitee genannt wird, fortzusetzen.

Kein Land hat auch Einwände gegen eine Debatte über diese Fragen im Europäischen Rat geltend gemacht. Insoweit läßt sich von einem unerwarteten Fortschritt sprechen.

Die Situation stellt sich allerdings anders dar, wenn versucht wird, eine Analyse des tatsächlichen Geschehens vorzunehmen. Alle offiziellen Äußerungen der Staats- und Regierungschefs und die bekanntgewordenen Informationen über interne Gespräche lassen keinen Zweifel daran, daß die Vorstellungen immer noch sehr ungenau sind und die möglichen Konsequenzen nicht zu Ende gedacht wurden. Sicher ist nur, daß der Impuls von Paris und Bonn ausgegangen ist und zwischen Bundeskanzler Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand weitergehende Übereinstimmung über die Grundzüge der Absichten besteht. Der außenpolitische Berater des Bundeskanzlers, Ministerialdirektor Teltschik, hatte schon im Februar 1984 erklärt, Bonn und Paris wollten der politischen Zusammenarbeit in Europa „einen neuen, entscheidenden Anstoß geben"[1]. Als Zielrichtung nannte er die Sicherheitspolitik, die Technologie und die bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik. Bundeskanzler Helmut Kohl sprach im März im Bundestag in einem Bericht über den Europäischen Rat von Brüssel noch vorsichtig in Frageform von den neuen Plänen: „Wer ist bereit, uns und anderen auf dem Weg zur politischen Union Europas mit dem erklärten Ziel des Baus der Vereinigten Staaten von Europa zu folgen?"[2] Wenige Wochen später sagte der Kanzler, ein Europa als Umschlagplatz für Handel und Finanzen sei ihm zu wenig. Er wolle ein politisches Europa. Man müsse sich Gedanken über eine wirkliche europäische Außenpolitik machen.

Die Neuauflage der Unionspläne wurde auch vom französischen Staatspräsidenten bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich vertreten. In Vorbereitung des Gipfeltreffens der Regierungschefs im Juni in Fontainebleau hatte Mitterrand in einer Rede vor dem Europaparlament sogar den Entwurf der Parlamentarier für eine Union als Diskussionsgrundlage einer von ihm angeregten Regierungskonferenz bezeichnet[3]. Diese Rede war ein Meisterstück französischer Diplomatie. Sie stellte viele Möglichkeiten in Aussicht, blieb in den Einzelheiten aber doch eher vage. Bemerkenswert war jedoch, daß sie einen Bruch mit dem bisherigen französischen Verhalten in der Europapolitik signalisierte. Da war von einer notwendigen Stärkung des Eruopaparlaments und der Brüsseler Kommission die Rede, von der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie von stärkerer wirtschaftlicher Kooperation und von der Schaffung eines echten gemeinsamen Marktes. Der Europäische Rat von Fontainebleau brachte dann die Bestätigung der Ernsthaftigkeit dieser Absicht, jedenfalls soweit die Bundesrepublik und Frankreich beteiligt waren. Es kennzeichnet die Schwierigkeiten, daß bei anderen Ländern sofort Bedenken gegen eine deutsch-französische Achse in der Gemeinschaft auftauchten und, wie auch früher schon, vor einem Direktorium in der Gemeinschaft gewarnt wurde. Der belgische Außenminister Tinde-

mans erklärte, es beunruhige ihn, wenn in EG-Fragen deutsch-französische Kontakte vor Gipfeltreffen den Eindruck erwecken, es sei alles schon gelaufen[4]. Auf die Meinung der kleinen Länder würde keine Rücksicht genommen. In Luxemburg sprach man gar von einer „Bevormundung" durch Bonn und Paris[5]. Großbritannien stellte den gemeinsamen deutsch-französischen Bestrebungen ein Memorandum entgegen, das deutlich die persönliche Handschrift von Premierminister Thatcher erkennen ließ und in erster Linie die alte pragmatische Politik Londons für die weitere Entwicklung der Gemeinschaft empfahl. Es war jedenfalls eine deutliche Absage an alle Unionspläne. Im Herbst 1984 bemühte sich der Bundeskanzler, die Vorhaltungen über „ein deutsch-französisches Bündnis im Bündnis" zu widerlegen und verwarf den Verdacht, man wolle Großbritannien aus der Gemeinschaft ausklammern. Auffallend war aber, daß aus der Bundesregierung unterschiedliche Stimmen zu den Unionsplänen zu hören waren. Mehrere Staatssekretäre warnten in öffentlichen Stellungnahmen vor einseitigen Schritten, was die alte Erfahrung bestätigt, daß es innerhalb des Bundeskabinetts keine kohärente Europapolitik gibt.

Die Drei Tagungen des Europäischen Rats

Brüssel 19./20. März

Der erste Gipfel des Jahres 1984 ließ noch nicht ahnen, daß drei Monate später beim zweiten Zusammentreffen der Durchbruch in der jahrelang umstrittenen Frage der britischen Zahlungen erreicht werden würde. Der Europäische Rat von Brüssel hatte alle Merkmale einer Krisenveranstaltung und blieb in der Einschätzung kaum hinter dem blamablen Ergebnis der vorangegangenen Konferenz von Athen zurück. Das Hauptthema waren wieder die britischen Zahlungen. Frau Thatcher zeigte sich von ihrer härtesten Seite. Im Nachhinein läßt sich sagen, daß die britischen Beziehungen zur Gemeinschaft in den Augen der Partnerländer bei diesem Treffen den tiefsten Punkt erreicht hatten. Die danach erhobenen Vorwürfe gegen Großbritannien und auch persönlich gegen Frau Thatcher gipfelten in der kaum noch verhüllten Aufforderung, England solle die Gemeinschaft wieder verlassen[6]. Alle anderen Mitgliedsländer waren sich in dem Urteil einig, daß London die Schuld am Fehlschlag dieses Europäischen Rats trug. Es ist immer schwer zu sagen, was an den offiziellen Entrüstungen nach ergebnislosen Gipfelkonferenzen gespielt ist und was tatsächlich die Stimmung wiedergibt. Jeder Teilnehmer denkt daran, daß es eine weitere Sitzung wenige Monate später gibt und mit massiver Schelte auch schon die Weichen für das nächste Treffen gestellt werden können. Aber dieses Mal hatten die meisten wohl doch den Eindruck, daß mit Frau Thatcher nicht zu reden sei. Der sonst eher zurückhaltende Bundeskanzler Kohl sagte in einem Hintergrundgespräch mit Journalisten, die Diskussion mit der britischen Regierungschefin wäre so hitzig gewesen wie nie zuvor und man sei bei den Vorwürfen beinahe bis zur Schlacht von Hastings zurückgegangen.

Wie schon bei früheren Gipfeltreffen herrschte auch in Brüssel wieder eine gewisse Verwirrung darüber, welche finanziellen Erleichterungen Großbritannien von den Partnerländern in Aussicht gestellt worden waren. In den vorbereitenden Gesprächen der Ministerräte waren kurz vor dem Gipfel zwischen den Mitgliedsländern Zahlen ausgetauscht worden, die von einer Erstattung zwischen 700 Mio. ECU (Bundesrepublik und Frankreich) und einer Mrd. ECU (Dänemark) ausgingen. Die meisten Länder wollten zwischen 800 und 900 Mio. ECU Rückerstattung an Großbritannien gewähren. Frau Thatcher beharrte zunächst wieder auf zwei Drittel der Nettozahlungen, schien aber in einem persönlichen Gespräch mit dem amtierenden Ratsvorsitzenden Mitterrand bereit, davon abzulassen, wenn 1,1 Mrd. ECU herauskämen. Angeblich soll der französische Staatspräsident ohne Abstimmung mit den anderen Regierungschefs eine solche Rückzahlung in Aussicht gestellt haben. Die Engländer behaupteten jedenfalls in gezielten Indiskretionen gegenüber Journalisten, Bundeskanzler Kohl habe dieses Arrangement „vermasselt", weil er plötzlich mit einem neuen Kompromißvorschlag gekommen sei, der auf die Dauer von fünf Jahren eine Ermäßigung des englischen Beitrags um jeweils eine Milliarde ECU vorsah. Dieser Vorschlag habe bei den anderen breite Unterstützung gefunden, so daß Mitterrand sich nicht mehr in der Lage gesehen habe, auf seine persönliche, größere Konzessionsbereitschaft zurückzukommen. In britischen Zeitungen wurde die Schuld am Scheitern der Konferenz jedenfalls eindeutig Kohl zugeschoben, was wegen der übereinstimmenden Darstellung auf eine abgestimmte Unterrichtung durch Regierungsstellen in London schließen ließ[7].

Der Brüsseler Europäische Rat hatte als weiteres wichtiges Thema die Beschränkung der Agrarausgaben und damit die Reform der Agrarpolitik. Von den Landwirtschaftsministern waren dazu wichtige Vorarbeiten geleistet worden, die zwar noch zu keinem vollständigen Ergebnis geführt hatten, aber erkennen ließen, daß man einer Einigung nahe war. Im Mittelpunkt der Debatten der Regierungschefs standen die geplanten Beschränkungen der Garantiemengen bei Milch, die einen hohen Anteil an den gesamten Agrarausgaben hat. Um die Höhe der Garantiemenge wurde heftig gestritten, wobei sich vor allem Irland weigerte, Opfer zu bringen wie die anderen Länder. Für die irische Situation hatten alle Verständnis, weil die Milchproduktion in diesem Lande einen erheblichen Anteil am Bruttosozialprodukt hat, aber die irische Forderung, eine weitere erhebliche Produktionssteigerung vornehmen zu können, stieß auf Unverständnis. Die Iren waren darüber so verärgert, daß Ministerpräsident FitzGerald die Konferenz vorzeitig verließ. Eine Einigung über die Milchgarantiemengen kam unter diesen Umständen nicht zustande. Die Bundesrepublik hatte aber schon eine andere wichtige Konzession gemacht, um die Agrarreform in Gang zu bringen. Bundeskanzler Kohl erklärte sich bereit, den deutschen Grenzausgleich in drei Stufen abzubauen. Damit wurde ein alter deutsch-französischer Streit aus der Welt geschafft. Seit Jahren sieht Paris in dem positiven deutschen Grenzausgleich eine Wettbewerbsbegünstigung für

die deutschen Landwirte zum Nachteil der französischen Bauern. Kohl machte diese Zusage von der Bereitschaft der anderen Länder und der Kommission abhängig, den deutschen Landwirten Ausgleichsbeiträge in Höhe von zwei Mrd. DM zahlen zu können. Die Zustimmung wurde nur sehr zögernd gewährt und löste harte Kritik am deutschen Verhalten aus, nachdem die Summe später von der Bundesregierung auf drei Mrd. DM erhöht wurde. Das trug Bonn den Vorwurf der Scheinheiligkeit ein, weil man sich in Brüssel vorher mit Nachdruck für eine Beschränkung der Agrarausgaben eingesetzt hatte, nachträglich aber schnell bereit war, aus nationalen Mitteln noch mehr Geld an die deutschen Bauern zu zahlen. In Brüssel wurde schließlich der Grundsatz aufgestellt, daß die Agrarausgaben künftig nicht mehr stärker steigen dürfen als die Einnahmen der Gemeinschaft. Ein besonderes Verfahren, bei dem die Finanzminister eingeschaltet werden, soll die Einhaltung dieser Absicht garantieren.

Vom Rat wurde auch festgeschrieben, daß die eigenen Einnahmen der Gemeinschaft ab 1. Januar 1986 durch die Erhöhung der Abführung der Mehrwertsteuer von 1 auf 1,4 % verbessert werden. In einer Absichtserklärung hieß es , daß ab 1. Januar 1988 eine weitere Erhöhung auf 1,6 % ermöglicht werden soll. Die deutsche Delegation machte die Aufnahme Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft zur Voraussetzung für die Erhöhung. Dieses Junktim hat die Bundesregierung auch in den folgenden Gipfelkonferenzen des Jahres 1984 energisch und unnachgiebig verteidigt. Die deutsche Sorge ist, daß ohne diese Verbindung der Beitritt immer weiter verschleppt wird. Schon Anfang 1985 geriet Bonn unter massiven Druck, wegen des hohen Defizits im Haushalt einer vorzeitigen Erhöhung der Einnahmen zuzustimmen.

Fontainebleau 25./26. Juni

Die Urteile über das Treffen von Fontainebleau waren schon kurz nach Abschluß der Beratungen wieder sehr unterschiedlich. Hieß es zunächst, daß alle umstrittenen Fragen der Finanzierung nun geregelt seien und eine faire Vereinbarung mit Großbritannien getroffen werden konnte, tauchte schon bald wieder der Verdacht auf, es sei nur eine vorübergehende Erleichterung erreicht worden[8]. Zunächst war eindeutig, daß Frau Thatcher einen Sieg errungen hatte. Ihre jahrelange Hartnäckigkeit, die die Gemeinschaft an den Rand des Auseinanderbrechens brachte, zahlte sich am Ende aus. Für das Jahr 1984 wurde ein Pauschbetrag als Beitragskürzung in Höhe von einer Mrd. ECU festgelegt, ab 1985 eine jährliche Ermäßigung um 66 % bei den Nettozahlungen Großbritanniens. Das waren die berühmten zwei Drittel, die die britische Regierungschefin von Anfang an erreichen wollte. Die Partner, die den Rabatt ihrerseits aufbringen müssen, machten dabei Konzessionen, die weit über ihre ursprüngliche Absicht hinausgingen. Die Bundesrepublik erklärte sich bereit, von ihrem normalen Mehrwertsteueranteil zwei Drittel zu übernehmen, ursprünglich sollten es höchstens 50 % sein, weil Bonn nach eigenen Vorstellungen ebenfalls übermäßig belastet ist. Frankreich, das anfangs gegen jede besondere Erleich-

terung für England war, zögerte nun nicht, seinen Anteil voll zu übernehmen, was Paris in eine Nettozahlerposition bringen wird. Auch die kleineren Länder ließen sich nach langem Zögern zusätzlich zur Kasse bitten.

Die Ernüchterung nach dem ersten Jubel rührte vor allem daher, daß rasch wieder umstritten war, wie lange die Vereinbarung gilt. Nach der Formulierung in den Schlußfolgerungen des Ratsvorsitzenden Mitterrand ist der Korrekturmechanismus für England Bestandteil des Beschlusses über die Erhöhung des Mehrwertsteuerplafonds auf 1,4 %, „wobei die Geltungsdauer des Mechanismus mit der des Beschlusses verknüpft ist"[9]. Die meisten Länder sind der Ansicht, die in Fontainebleau getroffene Regelung gilt nur so lange, wie die Erhöhung auf 1,4 % finanziell ausreicht. Bei der nächsten Stufe auf 1,6 % Mehrwertsteueranteil muß eine neue Vereinbarung getroffen werden. In London wurde dies sofort bestritten[10]. Die britische Regierung argumentierte, die nächste Erhöhung könne nicht ohne ihre Zustimmung beschlossen werden. Die sei aber wieder von einer befriedigenden Regelung der britischen Zahlungen abhängig. Daraus konstruierten findige Regierungsbeamte in London, die Fontainebleau-Vereinbarung gelte praktisch unbegrenzt.

Bundeskanzler Kohl war bei dieser Konferenz in einer schwierigen Position. Er mußte die Zustimmung der anderen Mitgliedsländer für die zusätzliche Milliarde DM an die deutschen Landwirte aus nationalen Mitteln zu gewinnen versuchen, was nach EG-Brauch nicht ohne Konzessionen in anderen Feldern zu erreichen war. Die höhere deutsche Beteiligung an der britischen Ausgleichszahlung ist wohl nur auf diesem Hintergrund zu verstehen, denn der Bundesfinanzminister hatte sich in vollem Einvernehmen mit dem Außenminister lange Zeit dagegen gesträubt. Am Rande spielte auch die Bestellung des neuen Kommissionspräsidenten eine Rolle. Kohl wollte Professor Biedenkopf durchsetzen, aber Mitterrand hatte im zweiseitigen Gespräch mit dem Kanzler in Fontainebleau für seinen Kandidaten Delors geworben. Kohls Nachgeben war ein weiterer Preis für die deutsche Extratour im Agrarbereich. Der Bundeskanzler geriet in heftige Auseinandersetzungen mit anderen Regierungschefs, vor allem mit dem Dänen Schlüter, der im deutschen Verhalten eine Gefährdung der Gemeinsamen Agrarpolitik sah und einen Präzedenzfall fürchtete. Die nicht unberechtigte Sorge war, daß die eigenen Bauern ebenfalls Ausgleichszahlungen aus nationalen Mitteln verlangen würden, zumal die deutsche Hilfe für den Abbau des Währungsausgleichs allgemein als überhöht angesehen wurde. Der Bundeskanzler verteidigte seine Haltung vor dem deutschen Bundestag und erklärte, Fontainebleau habe Europa einen deutlichen und entscheidenen Schritt nach vorn gebracht[11].

Die relativ knappen Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni enthalten als weitere wichtige Punkte die Bekräftigung der schon vorher vereinbarten Einnahmeerhöhung und den Auftrag, die Verhandlungen mit Spanien und Portugal über den Beitritt bis zum 30. September 1984 abzuschließen – ein Termin, der ebensowenig eingehalten werden konnte wie die spätere

Festlegung auf Dezember 1984. Von besonderer Bedeutung war aber der Beschluß, zwei ad hoc-Ausschüsse einzusetzen, die sich einmal mit Maßnahmen zugunsten der Bürger in der Gemeinschaft und zum anderen mit den langfristigen Perspektiven beschäftigen sollten[12]. Der ursprüngliche Plan, schon während der Konferenz unter den Regierungschefs darüber zu diskutieren, mußte aus Zeitmangel und wohl aus mangelnder Bereitschaft einiger Teilnehmer aufgegeben werden. Beide Ausschüsse wurden mit persönlichen Beauftragten der Regierungschefs besetzt, wobei es um den Perspektivausschuß-Vorsitz später ein längeres Gerangel gab. Kohl wollte den früheren Bundespräsidenten Carstens damit betrauen, aber die Iren waren nicht bereit, auf ihren bereits vorher nominierten Kandidaten Dooge zu verzichten. In den Schlußfolgerungen sind die Aufträge für beide Ausschüsse genau beschrieben. Der Bundeskanzler hat nach Fontainebleau seine eigenen Vorstellungen erläutert. In der schon erwähnten Rede vor dem Bundestag mit dem Bericht über den Europäischen Rat sagte er, die Weiterentwicklung der Gemeinschaft sei auf die Gesamtheit aller zehn und demnächst aller zwölf Mitgliedstaaten ausgerichtet. Dies schließe aber überhaupt nicht aus, daß sich einzelne Partner bei einzelnen Punkten nicht gleich beteiligen wollen. Das könne nicht bedeuten, daß die Gemeinschaft damit aufhört, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Im Gegenteil, diejenigen sollten weiter gehen, die sich dazu in der Lage sähen. Aber es dürfe kein neues „Zweiklassensystem" entstehen. Jeder Partner müsse sich jederzeit an jeder Initiative beteiligen können, es dürfe keine Privilegien geben.

Dublin 3./4. Dezember

Nach der entspannteren Atmosphäre des Juni-Gipfels brachte der Europäische Rat in Irland einen Rückfall, der vom völligen Fehlschlag ein Jahr zuvor in Athen nicht weit entfernt war. Die Regierungschefs mußten sich stundenlang mit Weinfragen beschäftigen und waren wieder mal als Berufungsinstanz der Agrarminister tätig, denen es zuvor nicht gelungen war, sich im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals auf eine neue Weinmarktordnung zu verständigen. Am Ende der zweitägigen Veranstaltung war man einem Eklat nahe, weil der griechische Ministerpräsident Papandreou seine Zustimmung zum Beitritt der iberischen Länder von einer befriedigenden finanziellen Ausstattung des Integrierten Mittelmeerprogramms abhängig machte. Bundeskanzler Kohl hatte den Verlauf der Beratungen in ungewöhnlich heftiger Weise kritisiert. Er monierte vor allem die Unsitte, den Regierungschefs Einzel- und Fachfragen „zuzuschieben" und empfahl eine generelle Überprüfung der Arbeitsweise des Europäischen Rats[13]. Auf einer Neuregelung des Weinmarktes hatte vor allem Frankreich bestanden, das sicherstellen wollte, daß die jetzt schon vorhandene Überproduktion in der Gemeinschaft nicht durch den Beitritt des großen Weinproduzenten Spanien vollends aus dem Ruder läuft. Gegen die von Frankreich geforderte Garantiemengenbegrenzung und regionale Aufschlüsselung der Produktion wandte sich Italien, das darin eine Gefährdung

seiner zahlreichen Winzer sah. Um aus der Schußlinie herauszukommen, rückten die Italiener „mit viel List" (Kohl) die deutsche Weinzuckerung in den Mittelpunkt der Debatte. Die Italiener beharrten auf einem Verbot der Zuckerung und machten davon eigene Konzessionen abhängig. So wurde über ein Prozent des Weinbaus in der EG stundenlang gestritten und kaum ein Wort über den ungleich größeren Anteil der Italiener verloren. Obwohl keine Einigung zustande kam, erreichte Kohl wenigstens, daß die deutsche Weinzuckerung zunächst bis 1990 erlaubt bleibt.

Als Hauptproblem erwies sich schließlich das griechische Junktim zwischen dem Beitritt Spaniens und Portugals und dem Integrierten Mittelmeerprogramm. Die meisten Länder stimmten darin überein, daß der Kommissionsvorschlag für dieses Programm, das auf sechs Jahre verteilt sechs Mrd. ECU Finanzhilfe vorsah, angesichts der Finanzlage völlig undiskutabel war. Bundeskanzler Kohl schlug nach langer Debatte schließlich vor, 1985 etwa 90 Mio. ECU ausschließlich für Griechenland vorzusehen, obwohl nach der ursprünglichen Konzeption auch Italien und Frankreich beteiligt sein sollten. Es wurde weiter in Aussicht gestellt, diesen Betrag in den nächsten Jahren auf rund 100 Mio. ECU jeweils zu erhöhen. Dieser Vorschlag stieß auf den Widerstand der britischen Premierministerin, die ein Sonderprogramm für Griechenland nicht akzeptieren wollte, obwohl mehrere Gipfeltreffen schon ein besonderes Problem für die Griechen anerkannt hatten. Papandreou fand zunächst durchaus Verständnis, was aber bald aufhörte, als er auf der vollen Summe bestand, die die Kommission angesetzt hatte, und später das Junktim verkündete. Die Sache wurde dadurch verschlimmert, daß der Grieche zunächst die Weiterführung der Verhandlungen mit Spanien und Portugal auch über Wein, allerdings unter Vorbehalt, zugesagt hatte, wenige Tage später jedoch diese Beratungen blockierte. Nun war von Erpressung die Rede und von einem unglaublichen Mißbrauch des Vetorechts[14].

Auch in Dublin war es wieder nicht gelungen, über die langfristigen Perspektiven Europas ausführlicher zu sprechen. Das Mandat für die ad hoc-Ausschüsse wurde aber verlängert und ein Abschlußbericht bis zum März-Gipfel 1985 in Brüssel gefordert. Bundeskanzler Kohl sagte nach Abschluß der Beratungen in Dublin, für Europa komme jetzt die Stunde der Wahrheit. Die EG müsse sich entscheiden, ob sie die Vereinigten Staaten von Europa bauen oder lediglich in einer Art Freihandelszone verharren wolle.

Anmerkungen

1 Die Welt v. 25. 2. 1984.
2 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 33 v. 29. 3. 1984.
3 Abgedruckt als Dokument Nr. 2 in diesem Band.
4 Vgl. La Libre Belgique v. 29. 8. 1984.
5 Vgl. Luxemburger Wort v. 4. 9. 1984.
6 Vgl. Der Spiegel, Nr. 13, 1984.
7 Vgl. Die Zeit v. 30. 3. 1984.
8 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 29. 6. 1984.
9 Die Schlußfolgerungen sind abgedruckt als Dokument Nr. 5 in diesem Band.
10 Vgl. The Times v. 29. 6. 1984.
11 Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 77 v. 29. 6. 1984.
12 Siehe dazu ergänzend den Beitrag von Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1984, in diesem Band.
13 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 6. 12. 1984.
14 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6. 12. 1984

Weiterführende Literatur

Krenzler, Horst G., Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft nach der Tagung des Europäischen Rates in Dublin, in: Europa-Archiv, Bonn 1985, Folge 1, S. 11–18.

Stadlmann, Heinz, Die Europäische Gemeinschaft nach der französischen Ratspräsidentschaft. Die Bedeutung der gemeinsamen Rolle Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland, in: Europa-Archiv, Bonn 1984, Folge 15, S. 447–454.

Ders., Die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft nach dem Fehlschlag von Athen, in: Europa-Archiv, Bonn 1984, Folge 1, S. 35–42.

Ungerer, Werner, Europäische Perspektiven nach Fonainebleau, in: Außenpolitik, Hamburg 1984, Nr. 4, S. 394–408.

Wessels, Wolfgang, Der Europäische Rat. Stabilisierung statt Integration? Geschichte, Entwicklung und Zukunft der EG-Gipfelkonferenzen, Bonn: Europa Union Verlag 1980.